

# SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

## Auszug aus: *Mehr Bürgerbeteiligung wagen!*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](http://School-Scout.de)



# Mehr Bürgerbeteiligung wagen! – Wie kann ich mich einbringen?

Von Heinz-Josef Sprengkamp, Magdeburg



Colourbox.com

<b>Themen:</b>	Bürgerbeteiligung/Partizipation, politisches Engagement von Jugendlichen, Bürgerinnen und Bürger in der Kommunalpolitik, Partizipationsmöglichkeiten außerhalb von Parteistrukturen, Public-Citizen-Partnership
<b>Ziele:</b>	Die Schülerinnen und Schüler lernen verschiedene Möglichkeiten kennen, sich politisch zu engagieren. Sie verstehen, wie Kommunalpolitik funktioniert und wie man sich als Einzelner daran beteiligen kann. Vom Bürgerentscheid bis zur Einwohnerfragestunde lernen die Jugendlichen Partizipationsmöglichkeiten außerhalb von Parteistrukturen kennen. Darüber hinaus diskutieren sie über die Möglichkeiten von Public-Citizen-Partnership.
<b>Klassenstufe:</b>	ab Klasse 9
<b>Zeitbedarf:</b>	7 Unterrichtsstunden

## Das Thema im Unterricht

### Der „beschränkte“ Untertanenverstand

1837 protestierten sieben Göttinger Professoren gegen den Verfassungsbruch des Königs von Hannover. Sie wurden daraufhin aus ihren Ämtern und aus dem Land gejagt. An einen von ihnen richteten die Bürger der Stadt Elbing eine Grußadresse. Darauf antwortete der preußische Innenminister von Rochow folgendermaßen: „Es ziemt dem Untertanen, seinem Könige und Landesherrn schuldigen Gehorsam zu leisten [...], aber es ziemt ihm nicht, die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen und sich in dünnkelhaftem Übermüte ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen.“

Zitiert nach Christian Graf von Krockow 1837: Der Bürger und seine Verwaltung. In: ders. (Hrsg.) 1985: Verwaltung zwischen Bürger und Politik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 9.

### Was bedeutet politische Partizipation?

Unter politischer Partizipation oder auch Bürgerbeteiligung versteht man alle freiwilligen Handlungen von Menschen, die darauf gerichtet sind, die politischen Entscheidungen und Planungsprozesse in einem Gemeinwesen zu beeinflussen. Dies ist vor allem in der eigenen Gemeinde möglich, denn dort sind die Wege zu den politischen Entscheidungsträgern kurz und die Mitwirkungsmöglichkeiten vielfältig. Gerade für Jugendliche bietet die Kommunalpolitik vielfältige Informations-, Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten.

### Die Geschichte der Partizipation

Die Bürgerbeteiligung ist eine Errungenschaft der französischen Revolution. Im 19. Jahrhundert setzte sich das Prinzip der Volkssouveränität und damit das allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlrecht – zunächst für Männer und im 20. Jahrhundert auch für Frauen – durch. Mit Napoleon kamen das öffentliche Genehmigungsverfahren und damit die Beteiligung der Bürger an den Angelegenheiten des Staates schließlich in die französisch besetzten Gebiete des Deutschen Bundes. 1845 wurden die Gebiete in die Preußische Allgemeine Gewerbeordnung und 1869 in die Reichsgewerbeordnung übernommen.

### Wann ist Bürgerbeteiligung möglich?

Das Grundgesetz normiert unsere politische Ordnung als parlamentarisch-repräsentative Demokratie. In einem solchen System geht jegliche politische Legitimität von Wahlen aus. Die gewählten Repräsentanten entscheiden auf Bundesebene über alle politischen Sachfragen, mit einer Ausnahme: In Artikel 29 sieht das Grundgesetz vor, im Falle einer Neugliederung des Bundesgebietes einen Volksentscheid durchzuführen. Zweimal kam es bislang dazu: 1952 vor der Gründung des Landes Baden-Württemberg und 1996, als in einer Volksabstimmung der Versuch scheiterte, die Bundesländer Berlin und Brandenburg zusammenzulegen. Demgegenüber sind die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auf Landes- und auf kommunaler Ebene wesentlich vielfältiger. Sie haben sich – insbesondere seit der Wiedervereinigung 1990 – in allen Bundesländern durchgesetzt.

### Welche Formen der Bürgerbeteiligung gibt es?

Auf kommunaler Ebene haben die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise das Recht, sich in einer Einwohnerfragestunde an den Stadtrat und die -verwaltung zu wenden. Auch besteht die Möglichkeit, ein Thema per Einwohnerantrag auf die Tagesordnung des Rates setzen zu lassen oder via Bürgerbegehren und Bürgerentscheid selbst über bestimmte Fragen zu entscheiden. Diese Rechte sind durch die Gemeindeordnung des jeweiligen Landes und die Satzung der Gemeinde bestimmt und gehören in den Bereich der **formellen Beteiligung**. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Verfahren, die nicht durch gesetzliche Vorgaben normiert sind, sondern auf den Sachverstand der Menschen setzen, die an einer Problemlösung für eine Sache interessiert sind. Dies bezeichnet man als **informelle Beteiligung**. Den verschiedenen Instrumenten ist gemein, dass sie letztlich auf die Vernunft der Vielen setzen. Das Ergebnis ist jeweils eine Expertise für die Wenigen, die durch Wahlen demokratisch legitimiert sind und dadurch für alle verbindlich entscheiden. Das Votum der Vielen – so zeigen es die Erfahrungen bisher – wird in der Regel akzeptiert, zumindest aber berücksichtigt und nur selten ignoriert.

### Was kann Bürgerbeteiligung bewirken?

Die meisten Menschen verbinden mit der Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie hohe Erwartungen. In ihren Augen stärken diese Maßnahmen die Volkssouveränität, steigern das Interesse der Menschen an politischen Prozessen und fördern die Partizipation. Zudem würden politische Entscheidungen dadurch transparenter. Befürworter der direkten Demokratie sind davon überzeugt, dass durch diese einer so-

genannten „Zuschauerdemokratie“ beziehungsweise einem „repräsentativen Absolutismus“ entgegengewirkt werde, also einer vom Bürger abgewandten Politik. In ihren Augen fördert Bürgerbeteiligung die politische Sozialisation und die Erziehung zur Mündigkeit. Allerdings ist die aktive Beteiligung nicht für alle Menschen eine Option. Es wäre bereits viel erreicht, könnte man die Schülerinnen und Schüler als reflektierende Zuschauer des politischen Geschehens gewinnen. Die Kenntnis der unterschiedlichen Formen von Bürgerbeteiligung ist hierfür eine wichtige Voraussetzung.

## Vorschläge zur Unterrichtsgestaltung

### Stundenverlauf

Stunde 1	Sind wir Deutschen politikverdrossen?
<b>Intention</b>	In der ersten Stunde denken die Jugendlichen darüber nach, warum es Sinn macht, sich politisch zu engagieren. Sie hinterfragen kritisch ihre eigene Bereitschaft zur Partizipation.
<b>Material</b> M 1	Anhand einer Karikatur, den Ergebnissen der Shell-Jugendstudie sowie der Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt diskutieren die Lernenden in <b>M 1</b> über die Frage, ob wir Deutschen politikverdrossen sind.
Stunde 2	Jugendliche in der Kommunalpolitik
<b>Intention</b>	Die Lernenden erfahren, wie sie als Jugendliche durch Kommunalwahlen oder Diskussionen mit den Abgeordneten des Stadtrates ihre Interessen vertreten können.
<b>Materialien</b> M 2–M 3	Sollten Jugendliche schon mit 16 Jahren wählen dürfen? Über diese Frage diskutieren die Lernenden in <b>M 2</b> und lernen verschiedene Standpunkte kennen.  Am Beispiel der Aktion „Jugend im Stadtrat“ der Stadt Magdeburg erfahren die Schülerinnen und Schüler in <b>M 3</b> , welche Möglichkeiten der Partizipation sie in der Kommunalpolitik haben.
Stunden 3/4	Wie kann ich mich engagieren?
<b>Intention</b>	Einwohnerfragestunde, Einwohnerversammlung, Bürgerhaushalt – auf kommunaler Ebene gibt es viele Instrumente der Bürgerbeteiligung. Welche das sind, erfahren die Schülerinnen und Schüler in den Stunden 3 und 4.
<b>Materialien</b> M 4–M 7	In <b>M 4</b> lernen die Jugendlichen verschiedene Instrumente der Bürgerbeteiligung kennen und unterscheiden zwischen Mitsprache, Mitwirkung und Mitbestimmung.  Durch einen Brief des Solinger Bürgermeisters lernen die Schülerinnen und Schüler in <b>M 5</b> das Konzept des Bürgerhaushaltes kennen. In einer Internetrecherche finden sie heraus, wie andere Städte dieses Instrument nutzen.  Was kann ich als Bürger tun, wenn ein Unternehmen vor Ort schließt und Arbeitsplätze verloren gehen? Um diese Frage geht es im Zeitungsartikel in <b>M 6</b> , der den Jugendlichen veranschaulicht, wie eine Einwohnerfragestunde abläuft.  In <b>M 7</b> bewerten die Lernenden den Nutzen einer Einwohnerversammlung, bei der die Bürgerinnen und Bürger dem Bürgermeister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Fragen stellen können.

<b>Stunde 5</b>	<b>Direkte Demokratie in der Gemeinde – Bürgerbegehren und Bürgerentscheid</b>
<b>Intention</b>	In dieser Stunde lernen die Jugendlichen die Instrumente der direkten Demokratie kennen – das Bürgerbegehren und den darauffolgenden Bürgerentscheid.
<b>Materialien</b> M 8–M 9	Welche Voraussetzungen müssen für einen Bürgerentscheid erfüllt sein? Am Beispiel der Abstimmung über den Bau der Ulrichskirche in Magdeburg vollziehen die Lernenden in <b>M 8</b> den Ablauf eines Bürgerbegehrens nach.  Wie geht es weiter nach einem Bürgerentscheid? <b>M 9</b> klärt die Schülerinnen und Schüler darüber auf, welche Schritte nach der Abstimmung eingeleitet werden.

<b>Stunde 6</b>	<b>Wie sieht Bürgerbeteiligung in Zukunft aus?</b>
<b>Intention</b>	In dieser Stunde untersuchen die Schülerinnen und Schüler die Vor- und Nachteile der sogenannten Public-Citizen-Partnership – der Zusammenarbeit zwischen Kommune, Bürgern und Unternehmen.
<b>Material</b> M 10	Wie kann man die Weisheit der Vielen für das große Ganze nutzen? Darum geht es bei Public-Citizen-Partnership. In <b>M 10</b> erfahren die Lernenden, wie dieses Konzept heute bereits umgesetzt wird.

<b>Stunde 7</b>	<b>Lernerfolgskontrolle und Glossar</b>
<b>Intention</b>	Die Schülerinnen und Schüler wiederholen und überprüfen ihre Kenntnisse zu den Inhalten der Unterrichtsreihe.
<b>Materialien</b> M 11–M 12	Die Lernerfolgskontrolle <b>M 11</b> bietet eine Mischung aus Multiple-Choice-Fragen und solchen, bei denen die Lernenden die Antwort näher erläutern müssen und so ihr neu erworbenes Wissen unter Beweis stellen.  Das Glossar in <b>M 12</b> listet wichtige Schlüsselbegriffe der Unterrichtsreihe auf und erläutert sie.

## Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler

- verstehen, was politische Partizipation bedeutet und welche Möglichkeiten das Grundgesetz dafür vorsieht;
- lernen unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung kennen;
- bewerten die Auswirkungen von Bürgerbeteiligung auf das politische Handeln;
- betrachten Kommunalpolitik aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger.

## Mediothek

**Baumann, Frank u. a. 2004:** Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Veränderte Rahmenbedingungen, Praktiken und deren Auswirkungen.

Diese Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet einen Überblick darüber, wie sich in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen, Ziele, Inhalte sowie das Methodenspektrum von politischen Beteiligungsverfahren verändert haben.

**Habel, Franz-Reinhard/Huber, Andreas (Hrsg.) 2008:** Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik – Neue Formen der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger. Boizenburg: wvh-verlag.

Wer wissen will, wie man mithilfe des Internets politische Transparenz, Mobilisierung und Partizipation organisieren kann, ist mit diesem Sammelband gut bedient.

**Ley, Astrid/Weitz, Ludwig (Hrsg.) 2003:** Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Das Buch ist ein praxisorientierter Überblick und Ratgeber zu unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung.

**Klein, Ansgar, Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.) 1997:** Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.

Ein anspruchsvoller Sammelband, der normative Fragestellungen der Demokratietheorie an den gesellschaftlichen Entwicklungen und der politischen Praxis von Bürgerbeteiligung misst.

## Internetadressen

### **[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)**

Diese Webseite enthält unter anderem einen jährlichen Bericht über Themen, Erfolge, Probleme und Trends der direkten Demokratie in Deutschland.

### **[www.wegweiser-buergergesellschaft.de](http://www.wegweiser-buergergesellschaft.de)**

Eine umfassende und informative Webseite mit vielen praktischen Tipps rund ums Thema Bürgerbeteiligung.

### **[www.engagiert-in-koeln.de/portal/fileadmin/user\\_upload/PDF/Buergerbeteiligung\\_Pruefauftrag.pdf](http://www.engagiert-in-koeln.de/portal/fileadmin/user_upload/PDF/Buergerbeteiligung_Pruefauftrag.pdf)**

Das Kölner Netzwerk Bürgerengagement veröffentlicht hier die Ergebnisse des Prüfauftrags an die Verwaltung „Aktueller Stand und mögliche Maßnahmen zur Ausweitung von Verfahren der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung“.

## Materialübersicht

### Stunde 1: Sind wir Deutschen politikverdrossen?

M 1 (Fo) Der deutsche Michel – engagiert oder politikverdrossen?

### Stunde 2: Jugendliche in der Kommunalpolitik

M 2 (Tx) Ich bin alt genug zum Wählen! – Das Wahlrecht für Jugendliche in der Debatte

M 3 (Tx) „So fühle ich mich wirklich ernst genommen“ – die Aktion Jugend im Stadtrat

### Stunden 3/4: Wie kann ich mich engagieren?

M 4 (Tx) Entdecke die Möglichkeiten! – Kommunale Formen direkter Bürgerbeteiligung

M 5 (Tx) Wir wollen mitbestimmen, was mit dem Geld geschieht! – Der Bürgerhaushalt

M 6 (Tx) „Das will ich wissen!“ – Die Einwohnerfragestunde

M 7 (Tx) Wie entwickelt sich unser Stadtteil? – Die Einwohnerversammlung

### Stunde 5: Direkte Demokratie in der Gemeinde – Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

M 8 (Tx) Wir entscheiden mit! – Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

M 9 (Tx) Klares Nein zur Ulrichskirche – wie geht es weiter nach dem Bürgerentscheid?

### Stunde 6: Wie sieht Bürgerbeteiligung in Zukunft aus?

M 10 (Tx) Public-Citizen-Partnership – die Zukunft der Bürgerbeteiligung?

### Stunde 7: Lernerfolgskontrolle

M 11 (Lk) Teste dein Wissen! – Vorschlag für eine Lernerfolgskontrolle

### Glossar

M 12 (Gl) Alles, was ich wissen muss – Glossar

## M 2

### Ich bin alt genug zum Wählen! – Das Wahlrecht für Jugendliche in der Debatte

Immer wieder wird öffentlich debattiert, ob das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden sollte. In einigen Bundesländern ist dies bereits die Regel. Wie seht ihr das? Glaubt ihr, dass sich mehr Jugendliche für Politik interessieren würden, wenn sie bereits mit 16 Jahren wählen dürften?

#### Wer darf in Deutschland wählen?

Die wichtigste Voraussetzung für das aktive Wahlrecht ist die deutsche Staatsangehörigkeit. Außerdem muss man eine bestimmte Zeit an einem Ort gelebt haben, um dort wählen zu dürfen. Bei Bundestagswahlen sind es drei Monate, bei Landes- und Kommunalwahlen 16 Tage. Darüber hinaus muss man spätestens am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Ausnahmen bilden die Bürgerschaftswahl in Bremen sowie die Kommunalwahlen in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Hier dürfen Jugendliche bereits ab dem vollendeten 16. Lebensjahr wählen. Für das passive Wahlrecht, also um ein politisches Amt übernehmen zu können, muss man mindestens 18 Jahre alt sein. Eine Ausnahme ist das Amt des Bundespräsidenten, für das sogar ein Mindestalter von 40 Jahren vorgeschrieben ist.



Foto: picture-alliance/ZB

In Mecklenburg-Vorpommern dürfen Jugendliche bereits mit 16 Jahren an den Kommunalwahlen teilnehmen

#### 10 Sollten Jugendliche schon mit 16 wählen? Eine Stellungnahme der Landesregierung in Sachsen-Anhalt:

Jugendliche interessieren sich besonders für das, was in ihrem Umfeld passiert, das entspricht dem Reifeprozess eines Menschen. Bereits ab 14 Jahren dürfen sie mithilfe eines Einwohnerantrages initiieren, dass Belange der Jugend im Gemeinde-, Stadt- oder Kreistag behandelt werden. Demokratische Mitentscheidung wurde den Jugendlichen mit der Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre für Wahlen auf kommunaler Ebene eröffnet, das umfasst auch die Teilnahme an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. [...] Im Jahr 1999 lag die Wahlbeteiligung der 16- bis unter 18-Jährigen bei den Kommunalwahlen bei 40 Prozent, dagegen im Jahr 2009 bei 29,3 Prozent.

In: [www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d0399dak\\_6.pdf](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/intra/landtag3/ltpapier/drs/6/d0399dak_6.pdf) (Abrufdatum 24.1.2012).

#### Aufgabe

1. Lies den Text. Erkläre, welche Voraussetzungen man in Deutschland erfüllen muss, um an einer Wahl teilzunehmen.
2. Lies die Stellungnahme der Landesregierung in Sachsen-Anhalt. Erläutere, welche Auffassung sie zum Wahlrecht vertritt.
3. Suche dir eine Arbeitspartnerin oder einen Arbeitspartner. Sammelt gemeinsam Pro- und Kontra-Argumente zu einer allgemeinen Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.
4. Tragt eure Argumente an der Tafel zusammen. Führt im Plenum eine Pro- und Kontra-Diskussion durch.

# SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

## Auszug aus: *Mehr Bürgerbeteiligung wagen!*

Das komplette Material finden Sie hier:

[School-Scout.de](http://School-Scout.de)

